

Pruritus kann viele Gründe haben

Juckreiz ist das Begleitsymptom vieler neurologischer, onkologischer und internistischer Erkrankungen.

2

GESUNDHEITSPOLITIK

Was der Südwesten zahlt

Baden-Württemberg gibt grünes Licht für die Reform – weil das Land weniger als befürchtet belastet werden wird.

2, 7

Ärztemangel in Brennpunkten?

In Hamburg ist eine Debatte darüber entbrannt, ob es in sozialen Brennpunkten zu wenige Ärzte gibt.

8

MEDIZIN

Mesalazin bei Divertikulitis

Bei Divertikulitis reicht oft eine konservative Therapie mit Antibiotika und Flüssigkost. Eine Option ist auch Mesalazin, belegt eine neue Studie.

9

WIRTSCHAFT

Klinik Eilbek mit neuem Angebot

Das private Klinikum Eilbek in Hamburg will mit einem endokrinologischen Zentrum den Umsatz erhöhen.

14

PANORAMA

Millionen Kinder bedroht

In der sudanesischen Krisenregion Darfur ist die Versorgung von 1,8 Millionen Kindern akut bedroht.

4, 16

ÄRZTE & ZEITUNG Postfach 20 02 51
Verlagsgesellschaft mbH 63077 Offenbach

Leser-Service: Tel.: (06102) 5060
Fax: (06102) 506177
Redaktion: Tel.: (06102) 5060
Fax: (06102) 5887
(06102) 587

Verlag: Tel.: (06102) 5060
Fax: (06102) 506123
Internet: F-mail: info@aerztezeitung.de
erztezeitung.de

ZSB

7600

Mitarbeiter müssen gewährleistet sein.

Bei der Anstellung von fachfremden Kollegen und auch, wenn Mitarbeiter in der Zweigpraxis ar-

Bald höhere Steuer für Erben

KARLSRUHE (all). Die Erbschaftsteuer ist verfassungswidrig. Nach dem gestrigen Beschluss des Bundesverfassungsgerichts sind Betriebsvermögen wie Arztpraxen und Immobilien derzeit zu stark unterbewertet. Ärzte werden bei einer Neuregelung der Erbschaftsteuer zu den Verlierern gehören. Bislang wird bei der Berechnung der Steuer im Prinzip nur das Sachvermögen der Praxen wie Medizintechnik angesetzt. Künftig zählt auch der immaterielle Wert, der bei Praxisabgaben zum Beispiel für den Patientenstamm gezahlt wird. Siehe auch Seiten 2, 4

beiten, gestaltet sich die Überwachung schwierig. Die Finanzämter könnten deshalb Gewerbesteuer verlangen. „Das ist wieder ein Beispiel dafür, wie Gesetze mit der

den. Sie können, auch wenn die Vorgaben des BMV erfüllt werden, zu dem Schluss kommen, dass eine Gewerbesteuerpflicht vorliegt.

Siehe auch Seiten 2, 13 und 14

Arzneimittel: Seit vier Jahren kaum Wachstum

Spargesetz entlastet Kassen um 1,1 Milliarden Euro

BERLIN (HL). Das am 1. Mai 2006 in Kraft getretene Arzneimittel-Spargesetz (AVWG) hat die Krankenkassen brutto um 1,12 Milliarden Euro entlastet. Durch Rabatte bei Generika, Preissenkungen und eine geringere Zahl von Verordnungen ist das Wachstum des Arzneimittelmarktes durch Innovationen fast kompensiert worden: So stiegen die Ausgaben der Krankenkassen für Arzneimittel im vergangenen Jahr nur noch 1,3 Prozent auf 23,7 Milliarden Euro.

Diese Angaben machte gestern die Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände aufgrund von Abrechnungen der berufsständischen Apothekenrechenzentren. Die Daten zeigen auch, dass die Kostendämpfungspolitik seit 2002 wirksam war: Im Jahresdurchschnitt sind die Ausgaben der Kassen für Medikamente seitdem nur um 1,9 Prozent gestiegen – trotz eines einmalig außergewöhnlichen Zuwachses im Jahr 2005 von 16 Prozent. Siehe auch Seite 6

Reform vor der Verabschiedung

Fraktionen geben grünes Licht / Ausschüsse stimmen der Gesundheitsreform zu

BERLIN (hak). Der Verabschiedung der Gesundheitsreform am Freitag im Bundestag dürfte nichts mehr im Wege stehen. Nach den erfolgreichen Probeabstimmungen in den Fraktionen berieten gestern die zuständigen Ausschüsse das Gesetz.

Im federführenden Gesundheitsausschuss verzichteten fünf Reformgegner der SPD-Fraktion auf ihr Stimmrecht und ließen sich durch Kollegen vertreten. Die Ausschussmitglieder der Union waren

vollzählig anwesend. Ihre Zustimmung galt als sicher. Die Sitzung des Ausschusses war bis Redaktionsschluss nicht beendet.

Grünes Licht gab der Rechtsausschuss der Reform. Der ehemalige Unions-Fraktionschef Friedrich Merz nahm an der Abstimmung nicht teil. Er hatte zuvor verfassungsrechtliche Bedenken geäußert. Auch im Haushaltsausschuss galt die Koalitionsmehrheit trotz Kritik als nicht gefährdet. Mehrere Mitglieder forderten, die geplante Erhöhung der Steuerzuschüsse an

die Kassen an anderer Stelle einzusparen. „Schulden machen möchte ich dafür nicht“, sagte Jens Spahn (CDU).

Erst in der Nacht zum Mittwoch lagen die letzten 81 Änderungsanträge zum WSG vor. Weitere Korrekturen mussten sogar noch gestern während der Ausschusssitzungen gemacht werden. Als „vorparlamentarisches Verfahren“ kritisierte das die FDP. Im Gesundheitsministerium blieb man gelassen. Das sei die „übliche Schlusshektik“. Siehe auch Seite 6

Unglück nach HWS-Fraktur

HAMBURG (pie). Beim Orkan „Kyrill“ starben allein in Deutschland elf Menschen, und viele wurden verletzt. Ein Opfer hatte Glück im Unglück: Der 34-jährige Mann wurde von einem Ast getroffen. Lähmungen in beiden Beinen verschwanden nach Aufnahme in die Klinik rasch. Auf Röntgenbildern der Halswirbelsäule war kein Bruch erkennbar. Wegen der unklaren neurologischen Symptome wurde noch eine CT gemacht. Diagnose: HWS-Luxationsfraktur C6/C7. Der Patient wurde operiert und behielt keine Behinderungen zurück. Siehe Seite 11

Konjunktur bleibt stabil im Aufwind

BERLIN (HL). Die Bundesregierung erwartet in diesem Jahr – trotz Mehrwertsteuererhöhung auf 19 Prozent – ein fast stabiles Wirtschaftswachstum von real 1,7 Prozent. Davon profitieren auch der Arbeitsmarkt, die Zahl der Erwerbstätigen und überwiegend sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten soll um 300 000 steigen. Das geht aus dem gestern veröffentlichten Jahreswirtschaftsbericht hervor. Aus der Prognose des Bundeswirtschaftsministeriums lässt sich auch ableiten, dass durch höhere Beschäftigung und steigende Löhne (plus 1,4 Prozent nominal) die Einnahmen der Krankenkassen stärker als bislang steigen. Siehe Seite 6